

Höherer Mindestlohn für Gebäudereiniger

■ **Bielefeld.** Neue Lohngrenze für Tausende Reinigungskräfte in Bielefeld: Gebäudereiniger erhalten einen höheren Mindestlohn, der bei 9,80 Euro pro Stunde liegt, teilte die Gewerkschaft IG BAU mit. Für das Putzen von Büros, Supermärkten oder Wohnungen gebe es damit 25 Cent mehr pro Stunde. Der tarifliche Mindestlohn sei allgemeinverbindlich, jeder Betrieb müsse ihn bezahlen, so Bezirkschef Heinrich Echterdiek.

Auch der Mindestlohn für die Außenreinigung von Glas und Fassaden steigt: Fensterputzer dürfen nicht weniger als 12,98 Euro pro Stunde verdienen, so die Gewerkschaft, die betont, dass sie das Lohn-Plus bei den Tarifverhandlungen durchgesetzt habe. „Es lohnt sich, genau darauf zu achten, ob auch tatsächlich mehr Geld auf der nächsten Lohnabrechnung steht“, erklärt Echterdiek. In Bielefeld sind nach aktuellen Angaben der Arbeitsagentur rund 4.130 Menschen in der Gebäudereinigung beschäftigt.



Trommeln auf dem Kesselbrink: Rund 500 Ostermarschierer zogen am Samstag durch die Bielefelder Innenstadt, um gegen Krieg, Atomwaffen und Terror zu protestieren. FOTO: SARAH JONEK

Digitale Medien in der Stadtbibliothek

■ **Bielefeld.** Über die Ausleihe von E-Books und digitalen Medien informiert die Stadtbibliothek am Donnerstag, 31. März, um 16 Uhr in ihrem Click-Center (1. Etage) am Neumarkt. Interessierte erfahren wie die „eBib“ genutzt werden kann. Dabei geht es um die „Onleihe“ sowie die technischen Voraussetzungen von E-Book-Readern. Vorkenntnisse sind nicht erforderlich. Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung ist nicht notwendig.

Tageswanderung in Osnabrück

■ **Bielefeld.** Zu der Tageswanderung „Auf dem Ringweg Osnabrück – der Kreis schließt sich“ lädt der Teutoburger-Wald-Verein am Samstag, 2. April, ein. Gewandert wird etwa 18 Kilometer mit Steigungen von Düstrop bis Sutthausen. Treffpunkt ist um 8 Uhr in der Haupthalle des Hauptbahnhofs. Die Teilnahme kostet neun Euro. Anmeldungen bis Donnerstag, 31. März, unter Tel. (0 52 21) 5 88 03.

Protest gegen Krieg und Terror

Ostermarsch: Rund 500 Teilnehmer forderten bei Friedensdemonstration durch die Innenstadt das Ende von Auslandseinsätzen

Von Tarek Chafik

■ **Bielefeld.** Im Jahr 1981 demonstrierte Ulla Reißland zu Ostern das erste Mal mit vielen anderen. Damals richtete sich ihr Protest gegen den Atomwaffenstandort in Borgholzhausen. 35 Jahre später ist sie wieder auf die Straße gegangen – in Begleitung der Tochter, Schwiegertochter und ihrer beiden Enkelkinder Carlotta und Merle. „Gerade wegen meiner beiden Enkelkinder fühle ich mich verpflichtet, gegen den anhaltenden Rüstungswahnsinn zu protestieren“, sagt die Bielefelderin.

Die Reißlands zählten zu den rund 500 Demonstranten, die am Samstag laut, bunt und friedlich durch die Innenstadt zogen: Am Kesselbrink startete der Ostermarsch, zu dem die Bielefelder Friedensinitiative aufgerufen hatte. Von dort bewegte sich der Demonstrationzug über die Friedrich-Ebert-Straße, die Herforder Straße, den Willy-Brandt-Platz bis zum

Hauptbahnhof. Weiter ging es durch die Fußgängerzone bis zum Jahnplatz, wo die Abschlusskundgebung stattfand.

Es war ein breites Bündnis von 28 Organisationen, das sich hinter dem Banner mit der Aufschrift „Krieg ist keine Lösung“ versammelte. Dazu zählten Gewerkschafter, Kirchenvertreter, Menschenrechtsgruppen und Flüchtlingshelfer. Die zentralen Forderungen der Demonstranten: Den Krieg gegen den Terror beenden, der seit 2001 al-

lein in Afghanistan, Irak und Pakistan Schätzungen zufolge 1,3 Millionen zivile Todesopfer gefordert hat; das Ende von Auslandseinsätzen der Bundeswehr, die mit dazu beitragen, dass Menschen aus ihren Heimatländern fliehen; ein Ende aller Waffenexporte und die Umstellung der Rüstungsindustrie auf eine zivile Nutzung sowie den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland.

Kurt Zenker war einer der Redner, die auf dem Jahnplatz von der Ladefläche eines Lkw

zu den Ostermarschierern sprach. Der 87-Jährige kam als Sprecher der DGB-Senioren aus Paderborn. Er bezeichnete es als „eine Schande für Deutschland“, dass viele es noch immer in Kauf nähmen, wenn Menschen getötet werden. Als „ungeheures Verbrechen“ und „Massenmord“ bezeichnete er die Attentate in Brüssel. Am Ende seiner Rede klang ein wenig Resignation durch. „Wir Alten haben es nicht geschafft, diese Entwicklung zu verhindern.“ Darum setze er nun all seine Hoffnung in die Jugend.

Zenker gehört zur ersten Generation der Ostermarschierer. 1961 lief er mit Gleichgesinnten von Paderborn zur Kundgebung nach Hannover. Drei Tage dauerte der Marsch. Der Protest richtete sich gegen das Vorhaben der Bundesregierung, über den Einsatz von Atomwaffen mitentscheiden zu können. Mit zwei Ausnahmen war Kurt Zenker seitdem jedes Jahr beim Ostermarsch dabei.



Mehr als 50 Mal dabei: Ostermarschierer Kurt Zenker hielt eine kämpferische Rede auf dem Jahnplatz, daneben Carsten Strauch. FOTOS (2): TAREK CHAFIK



Drei Generationen: Ulla Reißland (hinten von links), Tochter Lisa und Schwiegertochter Kim. Vorne mit Fahne die Enkel Carlotta und Merle.

Alle Kinder sollen am Unterricht teilnehmen

Jahrestagung: Rund 250 Erziehungswissenschaftler, Sonderpädagogen und Lehrkräfte diskutierten an der Universität über Inklusion in der Leistungsgesellschaft

Von Sylvia Tetmeyer

■ **Bielefeld.** Vor sieben Jahren wurde die UN-Behindertenrechtskonvention rechtskräftig. „Der Anteil von Kindern, die Förderschulen besuchen, ist aber nicht zurückgegangen – er ist eher gestiegen“, sagt der Rechtswissenschaftler Michael Wrase.

Insgesamt werde Deutschland nur noch von Belgien übertroffen. In allen anderen europäischen Ländern sowie in Australien liege der Anteil an Kindern, die separat beschult werden, deutlich unter fünf Prozent. Wie Inklusion in der Leistungsgesellschaft gelingen kann, darüber diskutierten etwa 250 Wissenschaftler und Pädagogen bei der 30. Jahrestagung der Integrations- und Inklusionsforschung.

„Die Herausforderungen für das deutsche Schulsystem sind enorm“, betont Wrase. Viele Lehrer seien nicht vor-

bereit und hätten keine Möglichkeit auf Fortbildung. Die Behindertenrechtskonvention lege fest, dass alle Kinder ein Recht auf „inklusive, hochwertigen und gleichberechtigten Unterricht“ hätten. Umstritten sei das Elternwahlrecht. Es dürfe nicht als Mittel eingesetzt werden, um inklusive Beschulung zu verhindern. „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“, sagt der Jurist. Die Schulen müssten sich auf die Bedürfnisse der Kinder einstellen. Barrierefreie Räume, Medien und Kommunikationsmittel seien Grundlage für eine funktionierende Inklusion.

Eine Tagungsteilnehmerin berichtet, dass Italien bis 1976 ein „sehr differenziertes, gut ausgebautes Sonderschulsystem“ hatte. „Da wurde nicht zwischen lernbehinderten oder verhaltensauffälligen Kindern differenziert, sondern bei-

spielsweise zwischen sehbehinderten oder hörgeschädigten Kindern.“ Heute würden dort alle Schüler gemeinsam beschult. „Leistung ist ein brisantes Thema“, sagt Birgit Lütje-Klose. Die Professorin organisiert die Tagung gemeinsam mit Annette Textor.

Wenn man Inklusion fordere und umsetze, bedeute dies, Menschen an ihren individuellen Möglichkeiten zu

messen und nicht am Standard.

In der Schule ergäben sich dabei täglich Spannungsfelder, die ausgehandelt werden müssten. Wie eine Inklusion praktisch aussehen kann, erfuhren die Teilnehmer bei einem Besuch der Laborschule und des Oberstufen-Kollegs.

Der UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (CRPD) hat

einen Kommentar zu einem Artikel der UN-Behindertenrechtskonvention vorgelegt.

Den Gegenentwurf zur gemeinsamen Stellungnahme von Bund und Ländern stellte Irmtraud Schnell von der Goethe-Universität Frankfurt vor. Die stellvertretende Vorsitzende des Vereins „Politik gegen Aussonderung“ wünscht sich, dass der Gegenentwurf „zahlreich unterschrieben“ wird. Problematisch sei, dass das Wahlrecht der Eltern de facto nicht existiere.

„Eltern entscheiden sich in der Mehrzahl für die Schule mit den besseren Ressourcen.“ Weil die Bedingungen in allgemeinbildenden Schulen so schlecht seien, würde die Förderschule gewählt.

Eine Wahlmöglichkeit existiere nur, solange Regelschulen und Förderschulen bestehen – und sich nicht zu einem inklusiven Bildungssystem fortentwickelt haben.



Inklusionsforscher diskutieren: Annette Textor (v. l.), Michael Wrase, Irmtraud Schnell und Birgit Lütje-Klose. FOTO: WOLFGANG RUDOLF

BRIEFE AN DIE LOKALREDAKTION

Zu wenig Parkplätze für Wohnanlage und Volksbank

■ Zu dem Projekt der Bielefelder Wohnungsgesellschaft für eine neue Wohnanlage im Ortskern Heepens äußert sich Heinrich Simpson, früherer Sprecher der Interessen- und Werbegemeinschaft Heepen, in einem Brief an BGW-Geschäftsführer Norbert Müller kritisch:

„Mit Interesse habe ich den heutigen Artikel über die Eröffnung der Wohnanlage in Heepen an der Salzufler Straße 21 gelesen. Sie berichten darin über 21 Wohnungen mit insgesamt 35 Bewohnern sowie einer Filiale der Volksbank Bielefeld-Gütersloh. Gerne lese ich Ihre Aussage: „Unser Wunsch war es, die Einrichtung mitten im Ortskern zu bauen, um ihn zu beleben.“ Dafür sind Ihnen und der BGW die Heeper sicherlich dankbar.

Allerdings vermisse ich eine Aussage über nicht nur dringend notwendige, sondern auch bei einem Bauvorhaben dieser Art gesetzlich vorgeschriebene Parkplätze. Es kann doch nicht sein, dass für 21 Wohnungen und eine Bank nicht ein einziger Stellplatz vorhanden ist. Auch wenn es sich um altersgerechte Wohnungen handelt, so haben sicherlich die Hälfte der Bewohner nach wie vor einen Pkw, der gerade im Alter auch

notwendig ist. Und natürlich fragen sich die Anlieger rund um den Arbeitsplatz in Heepen, wo denn die Kunden der Volksbank parken sollen, auch wenn sie nur kurze Geldgeschäfte tätigen. Dies gilt natürlich auch für die Angestellten der Bank.

Leidtragende sind die Geschäftsleute, Dienstleister und Anwohner der Heeper Ortsmitte, deren eigene oder mit angemieteten Stellplätze ständig von Kunden der Volksbank weggenommen werden. Wo sollen denn die Kunden und Mitarbeiter der Bank sonst auch parken? Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden.

Seit geraumer Zeit wird von Politik und Verwaltung über ein Parkkonzept geredet, getan wird bisher nichts! Jeder andere Bürger der Stadt Bielefeld, der eine solche oder ähnliche Baumaßnahme verwirklicht hat oder verwirklichen wollte, hatte eine gesetzlich vorgeschriebene Anzahl von Stellplätzen auf seinem Grundstück nachzuweisen, auch wenn dies den Bau einer aufwendigen Tiefgarage bedeutete.

Ein finanzielles Ablösen von Stellplätzen löst das Problem nicht, sondern dient nur dem Füllen des Bielefelder Stadtsäckels.“ **Heinrich Simpson**
33719 Bielefeld

Aufschrei der Hundebesitzer

■ Die von der Stadt geplante Erhöhung der Hundesteuer sorgt weiter für Diskussionen. Jürgen Stellmacher schreibt:

Ein Aufschrei erschüttert Bielefeld: Hundebesitzer fühlen sich geschröpft.

Nun sind diese Leserbriefe aus meiner Sicht ein Spiegelbild des Verhaltens von Hundehaltern. Man geht sofort verbal, oft auch gleich aggressiv, in die Offensive wenn man z. B. darum bittet, die geliebten Purzel anzuleinen. Leinenzwang interessiert keinen, Kotbeutel? Was ist das? Kinderspielplätze werden als Hundetoiletten genutzt. Gehwege bieten Zick-Zack-Kurse wie beim Skialalom. Also 20 Prozent Erhöhung sind mehr als gerechtfertigt.

Mich würde eine Stellungnahme von Oberbürgermeister Pit Clausen interessieren. Ich darf meinen Papagei übrigen nicht ins Büro mitnehmen. **Jürgen Stellmacher**
33813 Oerlinghausen

Essen von der Straße

■ Zu den Plänen von Bielefeld Marketing, den Leinewebermarkt um einen „Street Food Market“ zu ergänzen, schreibt Erich Aperedannier:

Abgesehen davon, dass die ganze Planung zu kritisieren ist, frage ich mich, ob Herr Knabenreich nicht des Deutschen mächtig ist. Er hätte doch sonst wohl einen deutschen Begriff finden können. Was heißt denn „Street Food Market“ überhaupt. Sollen die Besucher sich ihr Essen von der Straße auflesen? Vielleicht so, wie einige bedauernswerte Leute sich Nahrung aus Müll-eimern heraussuchen?

Erich Aperedannier
33611 Bielefeld

Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung des Verfassers wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Fassen Sie sich bitte kurz. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe (ohne Postbezieher) liegen folgende Prospekte bei:

Unsere Kunden belegen oftmals nur Teillausgaben für ihre Prospekte. Daher kann es vorkommen, dass Sie heute einen oder mehrere der genannten Prospekte nicht vorfinden.

Weitere Fragen beantworten wir Ihnen gerne!
Telefon (05 21) 5 55-6 27 oder Fax (05 21) 5 55-6 31

